



„Grundsätze und Schwerpunkte deutscher Militärpolitik“

unter Berücksichtigung folgender Teilaspekte

- **Umsetzung sicherheitspolitischer Interessen – Die neue Rolle Deutschlands im Rahmen multinationaler Einbindung und Partnerschaften,**
- **Einbettung deutscher Militärpolitik in deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik,**
- **Bedeutung von Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle.**

vor dem Forum für Sicherheitskooperation der OSZE

7. Oktober 2009

Wien

Es gilt das gesprochene Wort

Begrüßung

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren !**

- Vielen Dank für Ihre Einladung und dafür, dass ich an diesem geschichtsträchtigen und würdevollen Ort der Wiener Hofburg, der für die österreichische, aber auch für die deutsche Geschichte von so besondere Bedeutung ist, sprechen darf.
 - Zudem danke ich Ihnen besonders, dass Sie mir die Gelegenheit geben, heute zu Ihnen zum Thema „Grundsätze und Schwerpunkte deutscher Sicherheitspolitik“ mit dem Schwerpunkt von Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sprechen zu dürfen.
 - Denn: Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sind wichtige Elemente der auf Konfliktprävention ausgerichteten deutschen Sicherheitspolitik, auf die ich in den folgenden Minuten nun detailliert eingehen möchte.
-
- Lassen Sie mich zu Beginn Folgendes festhalten !
 - Wenn man einen Blick auf die globale sicherheitspolitische Situation im 21. Jahrhundert wirft, so sehen wir uns heute anderen sicherheitspolitischen Risiken und Herausforderungen gegenüber, als noch zur Zeit des Kalten Krieges. Dies ist sicherlich keine neue Erkenntnis, aber sicherlich eine Gemeinsame und Verbindende.
 - Diese veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben auch ihre Wirkungen auf Deutschland. Deutschland ist heute, 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, stärker als in der Vergangenheit gefordert, Verantwortung in der Welt zu übernehmen und neuen Risiken und Herausforderungen zu begegnen.
-
- Verantwortung übernehmen heißt jedoch nicht automatisch, sich militärisch zu engagieren. Welche Instrumente und Mittel wir bei der Umsetzung unserer außen- und sicherheitspolitischen Interessen einsetzen, unterliegt einer sehr sorgfältigen Prüfung und Abwägung.
 - Unverändert gilt unser im Grundgesetz verankerter Auftrag, Deutschland und seine Verbündeten zu verteidigen und Deutschlands Bürger gegen Angriffe, äußere Gefahren und politische Erpressung zu schützen.
 - Das schließt die Fähigkeit ein, weltweit zur Verhütung von Konflikten und Krisen und zu deren gemeinsamen Bewältigung und Nachsorge beizutragen. Der Bundeswehr kommt dabei eine zentrale Rolle und Bedeutung zu.
 - Aber: Streitkräfte alleine können keinen Frieden schaffen und auf sich gestellt keine dauerhafte Sicherheit gewährleisten. Der Einsatz von Militär kann lediglich Zeit für diplomatische Lösungen und Sicherheit als Rahmen oder Voraussetzung für den Wiederaufbau ziviler Institutionen schaffen.
 - Was wir benötigen, ist daher eine zeitgemäße, vorausschauende, ressortübergreifende, sowohl zivil und militärisch als auch national und international vernetzte Sicherheitspolitik.

- Dabei ist und bleibt die OSZE für Deutschland die umfassendste gesamteuropäische Sicherheitsorganisation in der alle Staaten, vor allem aber auch die USA, Kanada und Russland gleichberechtigt vertreten sind.
- Und gerade deshalb spielt die OSZE eine zentrale Rolle als Konsultations-, Kooperations- und Verhandlungsforum. Sie ist ein immanenter Baustein der internationalen Krisenprävention.
- Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Gefährdungen unserer Sicherheit bereits am Entstehungsort bzw. in der Entstehung zu begegnen. Mit zivilen, aber auch bei Bedarf mit militärischen Mitteln müssen Bedrohungen auf Distanz bewältigt werden.
- Ich möchte mich im folgenden, dem sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht zuwenden.
- Die Sicherheit Deutschlands ist vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und gegenseitiger Abhängigkeit heute untrennbar mit den Entwicklungen in Europa und der Welt verbunden. Deutschland fühlt sich heute nicht mehr von regulären Streitkräften irgend eines Landes bedroht. Stattdessen sehen wir uns neuen Risiken und Gefahren gegenüber.
- Ganz oben steht der Internationale Terrorismus, der auf die Zerstörung unserer Gemeinwesen und unserer Werte abzielt. Darüber hinaus stellt die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme eine große Bedrohung dar. Dies führt zu regionaler und globaler Instabilität und zwingt uns, Vorsorge zu unserem Schutz zu treffen.
- Unsere Gesellschaft sieht sich zudem mit Organisierter Kriminalität bis hin zu Attacken aus dem Internet konfrontiert. Zugleich ist die Verletzbarkeit unserer Infrastruktur und unserer Gesellschaften im Zuge der Globalisierung gestiegen. Mit Blick auf den internationalen Handel, Investitionen, Reisen, Kommunikationsbeziehungen und Wissen sind die wechselseitigen Abhängigkeiten ebenfalls größer geworden.
- Störungen oder Unterbrechungen im globalen Beziehungsgeflecht hätten schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft, den Wohlstand und die soziale Stabilität unserer Gesellschaften.
- Daneben erleben wir in vielen Staaten einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit, an Demokratie und an guter Regierungsführung. Teilweise reicht das bis hin zu vollständigem Staatsversagen und Staatszerfall.
- Angereichert wird diese Situation mit religiösem Extremismus, Klimawandel, Wassermangel, Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, Migrationbewegungen, Armut oder verschiedenen Pandemien, um nur einige Stichworte zu nennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

- Aus dem Gesagten ergibt sich: im Zeitalter der Globalisierung lassen sich klare Trennlinien zwischen äußerer und innerer Sicherheit kaum noch ziehen. Beide sind fließend miteinander verbunden. Daher erfordern gerade diese genannten Probleme national ressortübergreifende und - wann immer möglich - auch multilaterale Lösungsansätze.

- Die Beschäftigung mit internationaler Sicherheit, d.h. ihre Analyse und Bewertung und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen, erfordert daher einen umfassenden Ansatz. Eine Betrachtung aus rein militärischer Sicht würde zu kurz greifen und wäre zum Scheitern verurteilt.
- Das Verständnis von Sicherheit und die sicherheitspolitischen Konzepte müssen der Vielfältigkeit der Krisen- und Konfliktursachen Rechnung tragen. Kein Staat kann für sich alleine Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt gewährleisten. Integration und Kooperation mit Partnern und Verbündeten sowie das Zusammenwirken in internationalen Organisationen sind mehr denn je unerlässlich für eine verantwortungsvolle Sicherheitsvorsorge.
- Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist daher grundsätzlich präventiv und umfassend, d.h. ressortübergreifend und multilateral angelegt. Sie basiert auf der Herrschaft des internationalen Rechts und fördert gewaltfreie Lösungsansätze, um das Entstehen von Situationen abzuwenden, in denen militärisches Eingreifen unausweichlich wäre.
- Das Zusammenwirken von VN, OSZE, NATO und EU ist aus deutscher Sicht eine entscheidende Voraussetzung, um Sicherheit im 21. Jahrhundert nachhaltig gewährleisten zu können. Jede Organisation für sich alleine genommen, verfügt nicht über die notwendigen Kompetenzen und Stärken, um dies leisten zu können. Nur im Zusammenwirken können sie ihre volle Effektivität erreichen.
- Es liegt an uns, Entwicklungen, die wir jetzt schon erkennen können, mit zu gestalten, wollen wir in diesem neuen Gefüge internationaler Beziehungen weiterhin Bedeutung haben und einen adäquaten Platz einnehmen.

Meine Damen und Herren !

- Im folgenden möchte ich überleiten zum deutschen Verständnis der „Vernetzten Sicherheit als bestimmendes Merkmal deutscher Sicherheits- und Krisenreaktionspolitik“.
- Im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ haben wir drei wesentliche Schlussfolgerungen gezogen:
 - Erstens: Den Gefährdungen für unsere Sicherheit einschließlich der Menschenrechte muss präventiv begegnet werden.
 - Zweitens: Ein umfassender, vernetzter Ansatz ist erforderlich, der neben militärischen vorrangig politische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel einschließt.
 - Drittens: Maßnahmen zur Krisenvorbeugung müssen zunehmend im multinationalen Verbund erfolgen.
- Diese drei Folgerungen bilden den Kern unseres Konzepts der Vernetzten Sicherheit. Vernetzte Sicherheit bedeutet, dass die Ziele, die Prozesse, die Strukturen, die Mittel und die Fähigkeiten der relevanten Akteure besser aufeinander abgestimmt und konsequent ressortübergreifend ausgerichtet werden.
- Vernetzte Sicherheit ist international und supranational angelegt und betrifft staatliche wie nichtstaatliche Akteure gleichermaßen. Daher ist getreu dem Motto „die beste Krise ist die, die gar nicht erst entsteht“, eine Vernetzung der Ressorts untereinander im krisenpräventiven Bereich eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltigen Erfolg.
- Die Grundlagen in Deutschland für dieses ressortübergreifende, gemeinsame Handeln wurden bereits im Mai 2004 mit einer ressortübergreifenden Abstimmung bzgl. „Ziviler

Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ gelegt, mit dessen Umsetzung die Bundesregierung ihre Entschlossenheit Ausdruck verleiht, Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung vor allem in Transformations- und Entwicklungsländern schrittweise stärker präventiv auszurichten und dadurch wirksamer und nachhaltiger zu gestalten.

- Strategische Ansatzpunkte dieser Krisenprävention sind die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Demokratie und Sicherheit; die Reform des Sicherheitssektors; die Förderung zivilgesellschaftlicher Friedenspotenziale und daraus ableitend die Verbesserung sowie die Sicherung der Lebenschancen.
- Für eine kohärente Strategie der Krisenprävention und Konfliktbewältigung ist zudem eine verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und der Zivilgesellschaft nötig. Nichtstaatlichen Akteuren ist die Möglichkeit zu eröffnen, sich partizipatorisch in die Arbeit der staatlichen Akteure einzubringen.
- Das enge Zusammenwirken verschiedener staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure im multinationalen Rahmen verhindert darüber hinaus auch eine Überforderung einzelner Staaten oder Organisationen.
- Die Beseitigung der Faktoren und Strukturen, die den Aufbauprozess einer Krisenregion behindern, kann und darf jedoch nicht alleine von außen erfolgen. Gesellschaftliche und politische Kräfte, die diesen Prozess nachhaltig unterstützen, müssen in den Krisenregionen selbst erwachsen.
- Die jeweiligen Gesellschaften der Partnerländer müssen sich die erforderlichen Reform- und Entwicklungsprozesse zu eigen machen. Strukturelle Krisenprävention muss also kooperativ sein, weil sie auf den Friedenswillen der unmittelbar Beteiligten angewiesen ist.
- Ansatzpunkte für eine strukturelle Krisenprävention sind daher die Entwicklung und Förderung demokratischer, handlungsfähiger staatlicher Strukturen in Krisenregionen, um Konflikte zu vermeiden und Anknüpfungspunkte für ein breites Spektrum an Krisenpräventionsmaßnahmen zu schaffen.
- Zu der erforderlichen Gesamtstrategie gehören auch die Fortentwicklung des Völkerrechts, die Verrechtlichung der Konfliktaustragung, die Menschenrechtspolitik als vorbeugende Friedenspolitik und die Schärfung des Instruments ziviler Sanktionen.
- Lassen Sie mich ausdrücklich betonen, dass durch die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den Kooperationsländern auch die Entwicklungspolitik zur Verhinderung und zum Abbau struktureller Gewaltursachen beiträgt.
- Zur neuen Rolle Deutschlands im Rahmen multinationaler Einbindungen und Partnerschaften ist es mir wichtig herauszustellen, dass:
 - Deutschland bereit ist, global mehr Verantwortung zu übernehmen. Unser vielfältiges Engagement in den letzten Jahren hat das bewiesen. Globale Probleme erfordern globale und vor allem gemeinsame Antworten. Nationale Ansätze erhöhen oft genug nur vorübergehend die Sicherheit, führen aber langfristig möglicherweise sogar zu einem Sicherheitsverlust, zumindest aber nicht zur gewünschten Nachhaltigkeit.
- Diese Notwendigkeit zu einem gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Handeln war sicherlich auch einer der Gründe, warum sich die europäischen Staaten innerhalb der

EU in den letzten Jahren immer intensiver mit dem Gedanken einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik angefreundet und ihn – zumindest teilweise schon – in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik umgesetzt haben.

- Gerade die EU ist prädestiniert dazu, aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch einen umfassenden zivil – militärischen Ansatz effektiv zu begegnen. Ihr Verständnis von Sicherheitspolitik kommt deutschen Vorstellungen weit entgegen. Daher sieht Deutschland, die Europäische Sicherheitsstrategie, als das Grundsatzdokument europäischer Sicherheit auch für die kommenden Jahre an.
- Ein zentrales Element in der Entwicklung der ESVP war von Anfang an die Entwicklung von zivilen und militärischen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung. Der sogenannte Headline Goal - Prozess ist ein zentraler Baustein im Fähigkeitsmechanismus.
- Der integrierte zivil-militärische Ansatz der EU zeigt sich aber auch darin, dass es gelungen ist, die militärischen und zivilen Ziele weitestgehend zu synchronisieren und damit einen ersten Schritt hin zu einer übergreifenden zivil-militärischen Fähigkeitsplanung zu machen.
- Darüber hinaus ist durch die Schaffung einer zivilen Planungs- und Führungsfähigkeit unter der Führung eines für alle Missionen zuständigen Leiters eine deutliche Verbesserung europäischer ziviler Fähigkeiten erreicht worden und mit der Schaffung eines Direktorats zur strategischen zivil-militärischen Planung hat die EU einen weiteren Schritt zur praktischen Umsetzung des „vernetzten Ansatzes“ geleistet und ist damit Vorreiter auf diesem Feld.
- Deutschland wird den eingeschlagenen Weg weiterhin aktiv unterstützen.
- Damit soll die EU aber keinesfalls in ein Konkurrenzverhältnis zur NATO treten. Die NATO wird aus deutscher Sicht auch in Zukunft der Stabilitätsanker und der Garant der kollektiven Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft bleiben.
- Eine starke EU soll vielmehr die Atlantische Allianz stärken, die sich selbst in einem politischen und militärischen Transformationsprozess befindet.
- Aus deutscher Sicht sollte dabei weit mehr noch als bisher der strategischen Zusammenarbeit mit der EU Aufmerksamkeit geschenkt werden. Aber vor allem dem strategischen Dialog innerhalb der Allianz, der politische Konsultations- und Entscheidungsprozess der Verbündeten zu allen sicherheitspolitisch relevanten Fragen, muss so schnell wie möglich eine größere Bedeutung zukommen, damit das Bündnis das primäre Gremium der westlichen Staatengemeinschaft zur Gewährleistung von Sicherheit bleibt.
- Deutschland steht für eine behutsame Weiterentwicklung der NATO, sowohl in funktionaler als auch in geographischer Hinsicht. Dabei ist die NATO nur einer von vielen Akteuren bei internationaler Krisenreaktion im Sinne Vernetzter Sicherheit.
- Vom letzten NATO - Gipfel in Straßburg - Kehl im April dieses Jahres gab es richtungweisende Vorgaben für diese Weiterentwicklung. Dazu gehört zum einen die Billigung der „Declaration on Alliance Security“ durch die Staats- und Regierungschefs und zum anderen die Beauftragung eines neuen Strategischen Konzepts bis 2010.
- Wenden wir uns im weiteren der Bedeutung der Militärpolitik in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu.

- Deutschland hat erkannt, dass der Einsatz militärischer Kräfte nötig sein kann, wenn man Krisen schon im Entstehen entgegentreten will, damit diese sich nicht zu Konflikten entwickeln. Mit seinem weit gespannten militärischen und militärpolitischen Handlungsinstrumentarium kann Militär Gewalt nicht nur eindämmen oder zwangsweise beenden, sondern auch dazu beitragen, Gewaltursachen abzubauen oder präventiv deren Entstehung verhindern.
- Als Instrument einer umfassenden und vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist daher eine leistungsfähige Bundeswehr für Deutschland unverzichtbar. Sie muss in der Lage sein, auf der Basis eines erweiterten, eines vernetzten Sicherheitsverständnisses Aufgaben und Aufträge vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zum Erhalt und zur Festigung von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu erfüllen.
- Ohne die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr könnten wir zudem unseren internationalen Verpflichtungen nicht gerecht werden.
- Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert hat das Militär also nicht an Bedeutung verloren. Die Bedeutung des Militärischen hat sich nur verschoben. Militärische Mittel sind im Kontext weltweiter sicherheitspolitischer Herausforderungen nicht mehr primär, sondern komplementär zu betrachten, will man im internationalen, aber auch im nationalen Rahmen Sicherheit garantieren.
- Dabei kommt dem Militär mit seinen besonderen Fähigkeiten eine bedeutende, aber keine exklusive Rolle zu. Militärische Mittel sollen nur dort zum Einsatz kommen, wo zivile Mittel nicht geeignet sind oder nicht zum Erfolg führen.
- Fähigkeiten von Streitkräften werden vor diesem Hintergrund durchaus nicht mehr ausschließlich als Mittel der „Ultima Ratio“ erst dann zur Anwendung gebracht, wenn alle anderen Instrumente des Staates nicht das gewünschte Ergebnis erzielt haben, sondern sie können bereits im krisenpräventiven Bereich einen wertvollen Beitrag leisten. Als Mittel im Rahmen einer erforderlichen Anwendung von Gewalt bleiben Streitkräfte im deutschen Verständnis auch weiterhin „Ultima Ratio“.
- So war der Kongo-Einsatz von EU-Truppen im Jahr 2006 oder die Beteiligung an der maritimen UNIFIL Mission vor der Küste des Libanons nichts anderes als der Einsatz von militärischen Mitteln in der Krisenprävention.
- Ich spreche hier ausdrücklich von „militärischen Mitteln“ in der Krisenprävention, um auf einen besonderen Umstand aufmerksam zu machen.
- Militärische Mittel müssen also im Verständnis der Politik – ob im Rahmen der Vernetzten Sicherheit, oder im Rahmen eines „Comprehensive Approach“ – neben den anderen zur Verfügung stehenden Mitteln ein gleichwertiges mögliches Instrument darstellen, um den Risiken und Herausforderungen unserer Sicherheit effektiv begegnen zu können.
- Um aber den sich ständig verändernden Herausforderungen für die Sicherheit, Rechnung zu tragen, kann diesen wirksam nur mit anpassungsfähigen und flexiblen Strukturen begegnet werden. Die Gestaltung dieses Anpassungsprozesses geschieht durch die Transformation.
- Das übergeordnete Ziel der Transformation ist, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen und auf Dauer zu erhalten.

- Ich darf an dieser Stelle den Generalinspekteur der Bundeswehr, Herrn General Schneiderhan zitieren: „Die Transformation der Bundeswehr ist (...) eine Antwort auf die Veränderungen des klassischen Kriegsbildes, mithin das Bemühen, sich auf veränderte Konfliktbilder und neue Bedrohungen angemessen einzustellen und vorzubereiten“.
- Daraus ergibt sich, dass ständig angepasste Konzeptentwicklung und experimentelle Überprüfung konsequent durchgeführt und umgesetzt werden müssen, damit die Streitkräfte jederzeit der jeweiligen Realität angepasst sind und den möglichen Bedrohungsszenarien angemessen und vor allem mit den entsprechenden sowie erfolgversprechenden Mitteln begegnen können.
- Dies schließt auch eine jeweils angepasste Ausbildung der Soldaten auf die wechselnden und unterschiedlichen Szenarien ein.
- Lassen Sie mich auf die Bundeswehr im Einsatz eingehen.
- Streitkräfte werden nach unserem Verständnis nur dann eingesetzt, wenn ihr Einsatz nach politischer Bewertung und Entscheidung durch Bundesregierung und Parlament zwingend erforderlich und unabdingbar ist.
- Ihr Einsatz soll begrenzt und völkerrechtlich legitimiert sein sowie ein klar definiertes Ziel verfolgen. Er soll, wenn immer möglich, in einem multinationalen Umfeld stattfinden.
- Militärische Fähigkeiten sollten auf strategischer Ebene – national wie multinational – in einem integrierten politischen Planungsprozess von Beginn an Berücksichtigung finden. Auf der operativen und der taktischen Ebene sollte zumindest ein ausgeprägtes Maß an Koordinierung mit den anderen, zivilen, Fähigkeiten und Akteuren stattfinden.
- Seit den frühen neunziger Jahren befindet sich die Bundeswehr immer häufiger in Auslandseinsätzen. Der Umfang der eingesetzten Kontingente wuchs ständig und die Aufträge und Aufgabenstellungen wurden immer umfassender. Die Bundeswehr ist aktuell mit rund 7.700 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen vertreten.
- Der Blick auf die jüngsten Entwicklungen zeigt, dass sowohl Umfang als auch geographische Ausdehnung der Einsätze möglicherweise noch weiter zunehmen können.
- Beiträge der Bundeswehr im Rahmen einer vernetzten, gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge sind vielfältig; sie reichen vom Einsatz der Bundeswehr für Maßnahmen der militärischen Absicherung ziviler Anteile in Krisengebieten über militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, Beratung bei der Transformation des Sicherheitssektors in Krisenländern und der aktiven Unterstützung der NATO- und EU-Beitrittsländer bis hin zu friedensschaffenden und -erhaltenden Einsätzen.
- Der tatsächliche Umfang des Engagements Deutschlands in Krisen- und Konfliktgebieten ist von vielen Faktoren abhängig. Die bisherigen deutschen Beteiligungen an internationalen Auslandseinsätzen weisen in Art und Umfang erhebliche Unterschiede auf.
- Ihr Spektrum reicht von einem umfassenden Auftrag wie im Fall Afghanistans – hier Unterstützung der afghanischen Regierung bei Herstellung und Wahrung der Inneren Sicherheit, solange einheimische Kräfte dazu noch nicht vollständig in der Lage sind sowie Mitwirkung beim Wiederaufbau des Landes - bis hin zu inhaltlich und zeitlich begrenzten Mandaten wie im Fall Kongo.

- Gerade mit Blick auf Afghanistan wird deutlich, wie Deutschland dort im Sinne der Vernetzten Sicherheit einen breit angelegten, ressortübergreifenden Ansatz verfolgt.
- Wiederaufbau, Entwicklung und Sicherheit hängen voneinander ab. Dafür muss die breite internationale Unterstützung – zivil und militärisch erhalten werden.
- Kernelement unseres Engagements in Afghanistan bilden daher unverändert die Wiederaufbauteams, sogenannte Provincial Reconstruction Teams – oder kurz PRT. Gerade dieser Ansatz mit den PRT's zeigt, dass sich die Gewichte militärischer und ziviler Krisenbewältigung im Verlauf eines Konfliktes verschieben.
- So erlangen in der Phase der Friedenskonsolidierung Einsätze ziviler Kräfte zunehmend größere Bedeutung. Auch Nichtregierungsorganisationen treten in verstärktem Maße als Akteure auf.
- Deshalb sind, um dem zügigen Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft stärker Rechnung zu tragen, Strukturen zu schaffen, die einen rascheren Übergang von einer militärischen Stabilisierungsoperation zu einer zivilen Friedensmission ermöglichen.
- Vernetzte Sicherheit ist – wie ich bereits mehrfach betont habe - das Gebot der sicherheitspolitischen Überlegungen und Planungen Deutschlands. Und gerade die OSZE mit ihrem Instrumentarium und ihren zentralen Aufgaben beim Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen, beim Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten, bei der Förderung einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung aber auch im Bereich der Konfliktverhütung, Krisenmanagements und der Konfliktnachsorge kann man als ein vorbildliches Beispiel solch eines Ansatzes der Vernetzten Sicherheit herausheben.
- Militärischen Mitteln kommt aber auch noch die besondere Bedeutung bei der Sicherstellung von Schutz der Bevölkerung und Territorium zu, weil sie, wenn sie richtig modernisiert und strukturiert sind, auf potentielle Gegner eine abschreckende Wirkung ausüben und damit zur Eindämmung von Konflikten mit beitragen.
- Deutschland wird aus diesem Grunde auch in Zukunft Streitkräfte bereithalten, die diesen Anforderungen genügen und über Abschreckungs- und Interventionsfähigkeiten verfügen. Wir bekennen uns in diesem Zusammenhang auch weiterhin uneingeschränkt zur nuklearen Abschreckung und zur nuklearen Teilhabe.
- Die damit angestrebte Erhöhung der eigenen Sicherheit darf allerdings nicht zu Lasten Dritter gehen. Die Einbindung von Partnern, Transparenz und Vertrauensbildung auch bei militärischen Vorhaben und Projekten, bleiben aus deutscher Sicht unabdingbare Voraussetzungen verantwortungsvoller und vorausschauender Sicherheitspolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren !

- Lassen Sie mich den heutigen Anlass nutzen, explizit die Grundsätze unserer Abrüstungs- – und Rüstungskontrollpolitik darzulegen.
- Gemeinsame Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung war und ist Kernpunkt der Friedens- und Entspannungspolitik aller Bundesregierungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.
- Das Konzept umfassender, kooperativer Sicherheit ist unverzichtbar, da es auf einen breiten Interessenausgleich aller Staaten in Europa zielt! Und Rüstungskontrolle,

Abrüstung und Vertrauensbildung sind der Schlüssel integrierter Sicherheitspolitik im euro-atlantischen Raum und hier hat die OSZE eine herausragende Bedeutung.

- Ich sage das ganz bewusst vor dem Hintergrund oftmals geäußerter Kritik an der Wirksamkeit von konventioneller Rüstungskontrolle.
- Die Herausforderungen, mit denen wir es heute und in Zukunft zu tun haben, sind vielfältig. Sie sind dabei zunehmend auch nichtmilitärischer Natur. Zu ihrer Eindämmung und Beherrschung brauchen wir ein umfassendes Instrumentarium aus staatlichen und nichtstaatlichen Mitteln.
- Wir werden es auch zukünftig mit militärischen Risiken zu tun haben, die uns möglicherweise existentiell bedrohen können. Der Versuch, Rüstung zu kontrollieren und Aufrüstung zu verhindern, gehört daher zu einer verantwortungsvollen und präventiven Sicherheitspolitik ebenso dazu wie die Bemühungen, die Ursachen von Spannungen abzubauen.
- Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die europäische Rüstungskontrollarchitektur erhalten und, wo erforderlich, an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Die wichtigsten Elemente dieser Architektur sind der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, der KSE-Vertrag, das Wiener Dokument und der Vertrag über den Offenen Himmel. Insbesondere der KSE-Vertrag hat in den letzten Jahren erheblich gelitten.
- Es kommt nun darauf an, diese Rüstungskontrollinstrumente so zu stärken, dass sie ihre ursprünglichen Aufgaben erfüllen und zusätzlich eine angemessene Rolle in der Überwindung regionaler und sub-regionaler Krisen spielen können. Natürlich ohne die gesamte Last zur Lösung von Konflikten zu tragen.
- Der Beitrag zur Krisenvorsorge und zum Krisenmanagement muss sich auch weiterhin an dem Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit im euro-atlantischen Raum und anderen Schlüsselnormen wie den Helsinki Prinzipien orientieren.
- Mit Sorge beobachten wir daher Tendenzen innerhalb der europäischen Rüstungskontrollarchitektur, insbesondere hinsichtlich des KSE-Vertrages. Diesen Vertrag verstehen wir nach wie vor als einen wesentlichen Eckpfeiler der europäischen Sicherheit.
- Ein Verlust des KSE-Regimes könnte zu einer Erosion der gesamten konventionellen Rüstungskontrolle in Europa führen. Vorrangig bleibt es deshalb, einer Erosion des KSE-Vertragswerkes entgegenzuwirken, um auf einer soliden Grundlage aufbauend, konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zeitgemäß weiterentwickeln zu können.
- Dies bedarf gemeinsamer Anstrengungen, wobei wir uns auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren sollten, die in Berlin während der KSE-Konferenz im Juni dieses Jahres deutlich geworden sind. Eine dieser Gemeinsamkeiten ist das Verständnis, dass konventionelle Rüstungskontrolle in Europa gerade auch unter dem Eindruck noch andauernder Regionalkonflikte in Europa weiterhin eine wichtige Funktion für Stabilität und Sicherheit hat, die es zu bewahren und auszubauen gilt.

Meine Damen und Herren !

- Knapp drei Monate nach seinem Amtsantritt hat der US Präsident Obama und seine neue Administration einen Kurswechsel in der Nuklearpolitik seines Landes in Aussicht gestellt, den wir mit aller Kraft unterstützen.
- Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung werden zu prioritären Anliegen amerikanischer und damit unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Unser gemeinsames Ziel ist es - wie Präsident Obama es in seiner Prager Rede eindrucksvoll auf den Punkt gebracht hat - „Frieden und Sicherheit in einer Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen“!
- Die von den START - Verhandlungen erwarteten wesentlichen Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der im Nichtverbreitungsvertrag angelegten Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung werden hoffentlich schon bald auch den strategischen Blick wieder stärker auf konventionelle Rüstungskontrolle fokussieren.
- Bei unseren Bemühungen, den Stabilitätspfeiler konventionelle Rüstungskontrolle zu renovieren und verlässlich belastbar zu machen, dürfen wir aber nicht vergessen, dass technologische Entwicklungen und auch neue Aspekte der Führung und des Einsatzes von Streitkräften dabei sind, Konfliktszenarien grundlegend zu verändern.
- Die Bewertung von Streitkräftefähigkeiten verschiebt sich dabei von rein quantitativen Faktoren hin zu einer mehr qualitativen Betrachtung.

Meine Damen und Herren !

- Lassen Sie mich, gerade hier im Forum für Sicherheitskooperation, etwas ausführlicher auf das Wiener Dokument 1999 eingehen.
- Die am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Vereinbarung ist - wie allgemein bekannt - ein vertrauensbildendes Instrument zur Förderung von Transparenz und Berechenbarkeit militärischer Aktivitäten. Im Mittelpunkt stehen Inspektionen, Überprüfungsbesuche, die Präsentation neuer Hauptwaffensysteme und die Ankündigung und Beobachtung bedeutsamer militärischer Aktivitäten und Übungen.
- Sie bilden ein inzwischen erprobtes und bewährtes, in den meisten OSZE - Staaten fest etabliertes Geflecht vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen.
- Dies darf jedoch nicht dazu verleiten, sich mit dem mittlerweile erreichten Stand zufriedenzugeben. Mehr denn je müssen wir uns, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Entwicklungen inner- und außerhalb der OSZE, die Rolle und die Bedeutung des Wiener Dokuments von 1999 für die Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum bewusst machen.
- Die erprobten und bewährten Maßnahmen sind wichtig; sie dürfen deshalb nicht zur bloßen Routine werden. Sie müssen den sich wandelnden Bedingungen angepasst werden, um auch weiterhin ihren Zweck erfüllen zu können.
- Zu Recht wird das Wiener Dokument von 1999 als ein zentrales Element der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur bezeichnet, die durch Kooperation, militärische Berechenbarkeit durch Zurückhaltung, Transparenz, Vertrauensbildung und Verifikation geprägt ist. Aus diesem System kooperativer Sicherheitsstrukturen hat sich eine Kultur der Konfliktvermeidung und Konfliktverhütung entwickelt, die es unter allen Umständen zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt.

- Die Tatsache, dass es seit dem ersten Wiener Dokument 1990 in den 90-Jahren drei neue Dokumente (1992, 1994 und 1999) gab, zeigt eindrucksvoll, wie flexibel mit diesem Instrument der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf sich wandelnde Bedingungen in Europa reagiert werden kann, wenn der nötige politische Wille vorhanden ist. Wir sollten uns dies als Vorbild für unsere weitere Arbeit nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

- Leider gewinnt man oftmals den Eindruck, als würden Rüstungskontrolle, Verifikation und vertrauensbildende Maßnahmen insgesamt im politischen Alltagsbetrieb zunehmend als Einschränkung der politischen Handlungsfreiheit wahrgenommen.
- Genau das Gegenteil ist der Fall: Eben weil wir uns in diesem sicheren „Netz“ bewegen, haben wir auf anderen Feldern die Handlungsfreiheit, die wir brauchen, um uns anderen, drängenden Problemen widmen zu können.
- Unterlassen wir die Pflege dieses wichtigen Instruments, so stellen wir die Gewährleistung dauerhafter Sicherheit im euro-atlantischen Raum in Frage. Die Gestaltung eines gemeinsamen Sicherheitsraumes der OSZE wäre gefährdet, da die OSZE in einem zentralen Bestandteil ihres Selbstverständnisses, nämlich der Verhinderung von Konflikten und der Schaffung von verlässlicher Stabilität beschädigt würde.
- Damit könnte sie nicht mehr die Vorbildfunktion für die Schaffung und Gewährleistung von Sicherheit im Wege kooperativer vertrauens – und sicherheitsbildender Maßnahmen beanspruchen. Dies wäre sowohl angesichts deutlicher Defizite im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle in anderen Weltregionen, aber auch angesichts des großen Interesses, das z.B. Ostasien oder die südamerikanischen Staaten an der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur zeigen, in besonderem Maße fatal.

Lassen Sie mich zum Schluss kurz zusammenfassen:

- Sicherheit und das, was wir mit diesem Begriff verbinden, hat sich dramatisch verändert. Wir sind in einer Zeit des Umbruchs, was die Wahrnehmungen von Sicherheit, die Definition, was Sicherheit insgesamt für uns bedeutet, die Findung von Antworten auf Herausforderungen und den Einsatz der Instrumente unseres Landes betrifft.
- Ich habe Ihnen dargestellt, dass wir im 21. Jahrhundert neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gegenüberstehen und Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung mehr Verantwortung in der internationalen Sicherheitspolitik übernommen hat.
- Wir haben es im 21. Jahrhundert mit einer facettenreichen, mehrschichtigen Herausforderung an unsere Sicherheit zu tun, der präventiv, umfassend und multilateral begegnet werden muss. Sicherheitspolitik muss als gesamtstaatliche Aufgabe gesehen werden!
- Die strategische Vernetzung der unterschiedlichen Handlungsfelder wird in Zukunft die zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Krisen- und Konfliktmanagement sein. Nur ein vernetzter Einsatz aller Instrumente der Inneren und Äußeren Sicherheit kann dabei einen optimierten Schutz vor den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts bieten.
- Eine ausgeprägte ressortübergreifende Zusammenarbeit, die tiefgreifende Kooperation und Koordination aller Akteure der Inneren und Äußeren Sicherheit unter Betonung der

Wissens- und Entscheidungsüberlegenheit sowie der Einbindung auch Nichtstaatlicher Akteure ist erforderlich, um den neuen Herausforderungen wirksam begegnen zu können.

- Dies setzt vor allem anderen politischen Willen voraus. Dieser Wille muss auf allen Ebenen vorhanden sein und weitergetragen werden.
- Aber lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen: Nationale Alleingänge werden den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht.
- Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist grundsätzlich multilateral angelegt. Wir sind eingebunden in ein komplexes System von Institutionen, Organisationen und Partnerschaften. Dies erhöht insgesamt unsere Sicherheit. Vernetzung und Multilateralität gehen Hand in Hand bei der Lösung komplexer globaler Aufgaben im 21. Jahrhundert. Die OSZE spielt in diesem Geflecht eine entscheidende Rolle, da sie mit ihrem mehrdimensionalen Ansatz bereits strukturell dem Prinzip Vernetzter Sicherheit Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren !

- Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung bleiben wichtige Elemente der auf Konfliktprävention ausgerichteten deutschen Sicherheitspolitik.
- Deutschland setzt sich für die Weiterentwicklung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Rahmen des „Wiener Dokumentes“, eine Erweiterung der Anwendungsbereiche des Vertrages über den „Open Skies“ (Offenen Himmel) sowie für die Förderung regionaler Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung ein.
- Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist und war unter allen Bundesregierungen immer vor allem Friedenspolitik. Daran wird sich auch nach der Bundestagswahl von vor zwei Wochen nichts ändern.
- Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.